



DIE INDUSTRIE IST STARTKLAR!

Wie die Industriestrategie den Weg
zum Aufschwung ebnen kann



INTERVIEW

OPEC-Generalsekretär über den Ölmarkt
und Energiepolitik

Seite 2



BURGENLAND

„Financial Breakfast“ – Europa in
der Zeitenwende

Seite 11

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

FORSCHUNG

Österreich feiert 100 Jahre
Quantenwissenschaften

Seite 5

„Nachfrage nach Erdöl wird nicht nachlassen“

Haitham Al Ghais ist Generalsekretär der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) und spricht im Interview über die Auswirkungen der Trump'schen Energiepolitik sowie darüber, wie ein steigender Ölverbrauch mit den Klimazielen zusammenpasst.



Haitham Al Ghais verfügt über mehr als 30 Jahre Erfahrung in der Erdölindustrie.

Unter dem Motto „Drill Baby Drill“ will US-Präsident Donald Trump die amerikanische Öl- und Gasproduktion radikal steigern. Welche Auswirkungen hat das auf den Weltmarkt?

S. E. Haitham Al Ghais: Die USA sind heute der größte Ölproduzent weltweit und ein wichtiger Teil des globalen Ölmarkts. Die OPEC wird auch weiterhin sorgfältig beobachten, wie die Unternehmen dort ihre Rohölressourcen entwickeln. Wie in allen Ländern hängt auch in den USA die Entwicklung der Produktion von einer Reihe von Faktoren ab, wie etwa Technologien, Infrastrukturen, Finanzsystemen – und letztlich der Wirtschaft.

Für uns ist es wichtig zu betonen, dass wir alle verschiedenen Einflüsse auf den globalen Ölmarkt überwachen. Das ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass wir das Ziel eines ausgewogenen Markts und einer nachhaltigen Marktstabilität im Blick behalten.

Die Idee des „Peak Oil“ ist so alt wie die Geschichte der Ölförderung selbst. Wir hören immer wieder, dass die weltweite Nachfrage nach Öl wahrscheinlich sinken wird. Der World Oil Outlook 2024 kommt jedoch zu einem anderen Schluss und prognostiziert einen Anstieg bis 2050. Warum erwarten Sie einen solchen Anstieg?

Es gibt mehrere Gründe, warum wir keinen Höhepunkt der Ölnachfrage am Horizont sehen. Der erste Grund liegt in der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung – die Weltbevölkerung

wird bis 2050 voraussichtlich auf 9,7 Milliarden Menschen ansteigen. Die Verstärkung wird sich wahrscheinlich verstärken: Bis 2050 werden zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben. Die Größe der Weltwirtschaft wird sich bis 2050 voraussichtlich verdoppeln. Es wird erwartet, dass bis 2030 fünf Milliarden Menschen der Mittelschicht angehören werden – heute sind es noch über vier Milliarden. Es ist wahrscheinlich, dass all dies mit einem erheblichen Anstieg des Energieverbrauchs und damit auch des Ölverbrauchs einhergehen wird.

Es ist ein Mythos, dass neue Energiequellen automatisch ältere ersetzen. Die Realität sieht anders aus. Die Welt verbraucht heute mehr Kohle, Öl, Gas, Holz und Strom als je zuvor. In vielerlei Hinsicht stimuliert das Wachstum einer Energiequelle das Wachstum einer anderen. So werden zum Beispiel erdölbetriebene Maschinen und aus Erdöl gewonnene Produkte bei der Herstellung und Installation von Windturbinen, Solaranlagen und anderen erneuerbaren Energiequellen verwendet. Sie werden in Lithium-Ionen-Batterien und im gesamten Stromnetz verwendet.

Darüber hinaus müssen wir die Vielzahl an Erdöl- und erdölbasierten Produkten berücksichtigen, die wir alle im täglichen Leben verwenden – angefangen bei Verkehrsmitteln, die mit Benzin, Diesel oder Düsentreibstoff angetrieben werden. Kunststoffe, die in Laptops, Computern und Fernsehbildschirmen verwendet werden, basieren ebenso häufig auf Erdöl

wie Produkte, die in der medizinischen Versorgung und in Krankenhäusern zum Einsatz kommen. Hinzu kommen Verpackungen, die Lebensmittel vor dem Verderben bewahren, sowie landwirtschaftliche Produkte und Haushaltsgegenstände.

Angesichts all dieser Faktoren ist es nachvollziehbar, dass die Nachfrage nach Erdöl auch in den kommenden Jahrzehnten nicht nachlassen wird.

Wie passen die Erwartungen der OPEC an einen weiteren Anstieg des Ölverbrauchs mit den Pariser Klimazielen zusammen?

Zunächst einmal ist hervorzuheben, dass die OPEC das Pariser Abkommen voll und ganz unterstützt, da die Mitgliedsländer das Abkommen unterzeichnet und ratifiziert haben. Ebenso wichtig zu betonen ist, dass die Pariser Klimaziele die Reduktion von Emissionen betreffen, nicht den Ersatz oder die Bevorzugung bestimmter Energiequellen. Der Klimaschutzprozess ist nicht dazu gedacht, politische Richtlinien vorzugeben. Die Ölindustrie muss zur Emissionsreduktion beitragen – durch Investitionen in Technologien wie Kohlenstoffabscheidung, -nutzung und -speicherung, durch Effizienzsteigerung, die Reduktion von Methanemissionen und andere innovative Lösungen. Unsere Mitgliedsländer sind auch führend bei Investitionen in erneuerbare Energien.

Zudem sollte man die Agenda für nachhaltige Entwicklung der Verein-

ten Nationen nicht außer Acht lassen. Diese Agenda hat das Ziel, den Zugang zu erschwinglicher, zuverlässiger, nachhaltiger und moderner Energie für alle zu gewährleisten. Rund 685 Millionen Menschen weltweit haben immer noch keinen Zugang zu Elektrizität und etwa 2,1 Milliarden haben keinen Zugang zu sauberen Brennstoffen zum Kochen. Diese Menschen dürfen in unserer Energiezukunft nicht vergessen werden.

Deshalb müssen politische Entscheidungsträger sorgfältig abwägen, wie sie Emissionen senken wollen, ohne dabei die Energieversorgungssicherheit zu gefährden oder bestehende Ungleichheiten zu verschärfen. Eine universelle Lösung für das Klimaproblem gibt es nicht.

Welche Rolle spielen erneuerbare Energiequellen innerhalb der OPEC und wie wichtig sind Investitionen in diesem Bereich aus Sicht der Mitgliedsstaaten?

Wir betrachten erneuerbare Energien als entscheidend für unsere Energiezukunft. Alle Energiequellen sind wichtig. Aus Sicht der OPEC berichtete die „Financial Times“ kürzlich, dass der Nahe Osten heute der am schnellsten wachsende Markt für erneuerbare Energien außerhalb Chinas ist, wobei Masdar in den Vereinigten Arabischen Emiraten, ACWA Power in Saudi-Arabien und andere OPEC-Mitgliedsländer eine Vorreiterrolle spielen. Die OPEC weiß, wie wichtig ein ausgewogener Ansatz ist.

Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass Wind- und Solarenergie derzeit nur etwa vier Prozent der weltweiten Energieversorgung ausmachen. Die globale Verbreitung von Elektrofahrzeugen liegt zwischen zwei und drei Prozent, obwohl in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als 9,5 Billionen Dollar in den „Energiewandel“ investiert wurden.

Wir begrüßen die Fortschritte bei den erneuerbaren Energien und den Elektrofahrzeugen, aber sie reichen bei Weitem nicht aus, um 80 Prozent des Energiemixes zu ersetzen. Darüber hinaus bleiben die Stromnetze, die Kapazitäten zur Herstellung von Batterien und der Zugang zu wichtigen Mineralien eine große Herausforderung.

ZUR PERSON

Haitham Al Ghais ist seit 2022 Generalsekretär der OPEC. Er verfügt über mehr als 30 Jahre Erfahrung in der Erdölindustrie und war in führenden Positionen bei der Kuwait Petroleum Corporation tätig. Von 2017 bis 2021 stand er dem technischen Komitee der OPEC+ vor und war in verschiedenen internationalen Gremien aktiv.

Eine Industriestrategie, die den Namen auch verdient!

Eine kluge Industriepolitik gibt Vertrauen in den Standort, stärkt aber auch die Identität des Landes und den Zusammenhalt. Ein Versprechen muss sein, dass in Österreich 2030 noch mehr Menschen in attraktiven und gut bezahlten Jobs in der Industrie arbeiten können.



Das Wirtschaft zu 50 Prozent Psychologie ist, soll schon der ehemalige deutsche Bundeskanzler Ludwig Erhard gesagt haben, der als Schöpfer des „Wirtschaftswunders“ der Nachkriegsjahre und Mitarchitekt der Sozialen Marktwirtschaft gilt. Und er hatte naturgemäß recht – Menschen, die sich wirtschaftlich unsicher fühlen, konsumieren weniger, und Unternehmen, die von einer unsicheren wirtschaftlichen Lage und fehlender Planungssicherheit ausgehen, investieren weniger. Wirtschaftspolitik muss daher ein stabilisierender Anker sein, verlässlich und nachvollziehbar. Und sie sollte eine Vision bieten, die Menschen, Politik und Unternehmen eint und Vertrauen in die Zukunft gibt.

Angesichts der auf dem Tisch liegenden Inhalte (nicht nur von der IV erarbeitet) für eine Industriestrategie wurde die wohl nicht unberechtigte Frage gestellt, warum es nun der Erarbeitung einer neuen Industriestrategie für Österreich bedarf – doch wenn dieser möglichst kurze Prozess ein

breites gemeinsames Zukunftsbild und Bewusstsein schafft, kann dies sinnvoll sein. Die industrielle Produktion ist der Kern der heimischen Wirtschaft und wirkt weit über sich selbst hinaus – in den Mittelstand, die Zulieferbetriebe und in breite Teile der Gesellschaft. Die Industrie, das sind Unternehmen, die oft historisch tief in diesem Land verwurzelt sind; der produzierende Sektor, das sind rund eine Million Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die stolz darauf sind, dort zu arbeiten. Industriepolitik gibt Vertrauen in den Standort, stärkt aber auch die Identität des Landes und den Zusammenhalt.

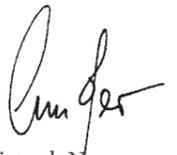
Dem Industrieland Österreich droht jedoch der Atem auszugehen. Der Internationale Währungsfonds sagt dem Land heuer als einem der wenigen weltweit ein negatives Wirtschaftswachstum voraus – schon wieder. Während andere Volkswirtschaften in Europa langsam wieder auf einen Wachstumskurs einschwenken, rangiert Österreich in dem Ranking neben Staaten wie Venezuela, dem Sudan, dem Jemen oder Haiti. Wir brauchen dringend einen über-

zeugenden Plan, der Menschen und Unternehmen wieder Zuversicht gibt. Die Industriestrategie darf kein Papier voller leerer Versprechen werden – wir brauchen unter anderem klare Signale in den großen Problemfeldern, die die Industrie beschäftigen: leistbare Energie, ein schlanker und verlässlicher regulatorischer Rahmen und Entlastungen, die uns im weltweiten Wettbewerb stärken (Stichwort Lohnstückkosten). Wir müssen weiter in die Zukunft investieren, hochattraktiv für Zukunftsbranchen und -entwicklungen in Österreich sein. Die Industriestrategie muss ihren Namen auch verdienen.

Ja, der Staat muss lernen, mit weniger Ausgaben bessere Leistungen zu erbringen. Jeder Unternehmer weiß, dass das machbar ist und dass man Menschen gut auf diese Reise mitnehmen kann, wenn man spürbar macht, wofür es gut ist. Was also ist die Vision für Österreichs Industrie und Wirtschaft? Österreich soll weltweit gefragt sein für seine industriellen Stärken – für seine innovative Bahnindustrie, für moderne

Biotechnologie, für den Maschinenbau der Zukunft, Technologien und Komponenten für die Energiewende und für den Einsatz künstlicher Intelligenz, um noch bessere Leistungen erzielen zu können.

Das Versprechen muss sein, dass in Österreich 2030 noch mehr Menschen in attraktiven und gut bezahlten Jobs in der Industrie arbeiten können. Wir sind stolz auf „Made in Austria“ und wollen mit effizienten und umweltfreundlichen Produkten am Weltmarkt wieder an die Spitze der Industrieländer aufschließen. Wir werden als Industriellenvereinigung genau darauf achten, dass dafür nun die richtigen strategischen Weichen gestellt werden.

Ihr

 Christoph Neumayer
 (IV-Generalsekretär)

Grafik des Monats

Die höchste Steuerlast der Zweiten Republik
 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquote, in Prozent des BIP



Quellen: Statistik Austria, BMF; Anmerkung: Prognosen ab 2025.

Die Steuer- und Abgabenlast klettert 2025 auf 45,3 Prozent des BIP (2024: 44,5 Prozent) und erreicht 2026 mit 45,5 Prozent einen historischen Höchstwert in der Zweiten Republik. Das ergibt der Prognosepfad des Doppelbudgets 2025/26. Durch neue Steuern und Steuererhöhungen fließen etwa 1 Mrd. Euro (2025) bzw. 2,2 Mrd. Euro (2026) zusätzlich in die Staatskasse. Von höheren Abgaben besonders betroffen sind Energieunternehmen und Banken.

Zahl des Monats

38

freie Tage im Jahr können Österreicher mindestens genießen – 25 Tage Mindesturlaubsanspruch sowie 13 gesetzliche Feiertage bedeuten einen Rekordwert in Europa. Nur Malta (42 Tage) und Schweden (38 Tage) liegen vor bzw. gleichauf mit Österreich. In vielen europäischen Ländern hängt der tatsächliche durchschnittliche Urlaubsanspruch von weiteren Faktoren wie geleisteten Arbeitsjahren oder der Branche ab.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
 Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkő, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
 Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV/Matanovic, Philipp Horak, OPEC, ÖAW, JI/Junge Industrie, Schedl Fitte Fachhochschulen, Katharina Schiffel

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



SCHWEDENS EU-MINISTERIN ZUM AUSTAUSCH IN DER IV

Die schwedische EU-Ministerin Jessica Rosencrantz war Mitte Mai zu Besuch im Haus der Industrie. Im Austausch mit IV-Präsident Georg Knill sowie Vertretern und Vertreterinnen österreichischer Industriebetriebe wurde einmal mehr deutlich, wie wichtig ein gemeinsames europäisches Verständnis für die Herausforderungen und Chancen der Industrie ist.

Um unsere wirtschaftliche Resilienz zu stärken und neue Märkte zu erschließen,

braucht es konkrete Fortschritte bei Freihandelsabkommen, etwa mit Mercosur und Indien. Gleichzeitig muss Europa den Bürokratieaufwand für Unternehmen spürbar reduzieren – nur so wird Raum für Innovation und unternehmerisches Handeln geschaffen. Nachhaltigkeit darf dabei nicht im Widerspruch zur Wettbewerbsfähigkeit stehen. Beides gehört zusammengedacht, wenn Europa langfristig erfolgreich und klimaneutral wirtschaften will.



Expertenmeinung von ALFRED HEITER

Steuerpolitik auf Konsolidierungskurs

Das Budgetbegleitgesetz 2025 bringt umfassende steuerliche Änderungen, die die Abgabenquote weiter steigen lassen. Ein Überblick zu den Maßnahmen.

Nach den ersten Konsolidierungsmaßnahmen durch das Bundessanierungsmaßnahmengesetz (BSMG) folgt mit dem Entwurf zum Budgetbegleitgesetz 2025 – Abgabenrecht (BBG) der nächste Schritt. Trotz des unbestrittenen Konsolidierungsbedarfs sind einzelne Maßnahmen jedoch kritisch zu hinterfragen.

Wegzugsbesteuerung gestoppt

Die Wegzugsbesteuerung wurde bislang weder im BSMG noch im BBG verankert. Sie ist zwar laut Regierungsprogramm Teil des Maßnahmenpakets zur Betrugsbekämpfung, ihre Umsetzung konnte jedoch abgewendet werden.

Verschärfung bei Grunderwerbsteuer und Share Deals

Eine der größten Änderungen des BBG betrifft Immobiliengeschäfte: Die Schwelle, ab der Grunderwerbsteuer bei Vereinigungen anfällt, wird von 95% auf 75% gesenkt, und künftig sind auch mittelbare Anteilsverschiebungen relevant. Zudem wird die Steuerbemessungsgrundlage bei Immobiliengeschäften von 0,5% auf 3,5% des gemeinen Werts angehoben.

Anpassungen bei Energiekrisenbeitrag und Investitionsabzügen

Der Höchstbetrag des Absetzbetrags für begünstigte Investitionen im EKB-S wird von 72 auf 20 Euro je MWh gesenkt. Auch

der Abzug im EKB-F wird von 17,5% auf 5% reduziert.

Weitere steuerliche Änderungen

Für Umwidmungen seit Januar 2025 gilt ein Zuschlag von 30% auf Veräußerungseinkünfte aus Grund und Boden. Die Stiftungseinkommensteuer wird von 2,5% auf 3,5% erhöht. Arbeitgeber können ihren Arbeitnehmern 2025 eine steuerfreie Prämie von bis zu 1.000 Euro gewähren; ab 2026 wird der Pendlereuro auf 6 Euro je Entfernungskilometer erhöht. Die Inflationsanpassung soll für die Jahre 2026 bis 2029 nur im Ausmaß von zwei Dritteln erfolgen; Glückspielabgaben bei Lotterien und Onlinegaming werden angehoben.



Alfred Heiter, Leiter des IV-Bereichs Wirtschafts-, Finanz- & Rechtspolitik.

Fazit

Das BBG 2025 bringt umfassende steuerliche Änderungen, die die Abgabenquote weiter erhöhen werden, statt sie zu senken. Durch den Einsatz der Industriellenvereinigung konnten die Maßnahmen im Vergleich zum ersten Entwurf allerdings deutlich entschärft werden. Es bleibt abzuwarten, ob diese Maßnahmen die richtige Lösung für die Konsolidierung des Bundeshaushalts darstellen und gleichzeitig die wirtschaftliche Stabilität sowie zukunftsfähige Rahmenbedingungen für den Standort sichern.



Danai Budas, stv. Leiterin IV-Bereich Internationale Beziehungen & Märkte.

Expertenmeinung von DANAI BUDAS

Wachstumsmärkte in Afrika – lohnt es sich, aktiv zu werden?

Ein zentraler Faktor, um Aktivitäten in afrikanischen Ländern attraktiver zu gestalten, ist die Gewährleistung von Rechtssicherheit. Ein wichtiges Instrument dafür sind bilaterale Investitionsschutzabkommen.

Der afrikanische Kontinent verfügt über die jüngste und am schnellsten wachsende Bevölkerung der Welt: Bis 2050 wird die Einwohnerzahl von 1,5 Milliarden Menschen auf voraussichtlich fast 2,5 Milliarden steigen. 60 Prozent der Bevölkerung sind unter 25 Jahre alt und drängen auf den Arbeitsmarkt. Afrika ist nach Asien der zweidynamischste Kontinent, mit Wachstumsraten, die sich deutlich über dem

weltweiten Durchschnitt befinden. Hinzu kommen für die Industrie wesentliche Rohstoffvorkommen, unter anderem die weltweit größten Reserven an Kobalt. Auf der anderen Seite sind jedoch Unternehmen in vielen afrikanischen Ländern mit großen Herausforderungen wie politischer Instabilität, mangelnder Rechtssicherheit und Korruption konfrontiert. Lohnt es sich also, in Afrika aktiv zu werden?

Die Volksrepublik China hat diese Entscheidung für sich klar getroffen und ist bereits der größte Handelspartner Afrikas;

im Rahmen der Seidenstraßeninitiative ist China zudem in vielen Ländern Afrikas der größte Investor. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Infrastrukturprojekten und dem Abbau von Rohstoffen. In Zeiten des verlangsamten wirtschaftlichen Wachstums und des steigenden Protektionismus sollte sich Europa die Frage stellen, ob man das Feld China überlassen will.

Ein zentraler Faktor, um Aktivitäten in afrikanischen Ländern attraktiver zu gestalten, ist die Gewährleistung von Rechtssicherheit. Ein wichtiges Instrument dafür sind

bilaterale Investitionsschutzabkommen. Mit sieben afrikanischen Staaten hat Österreich bereits Investitionsschutzabkommen abgeschlossen, welche heimische Investitionen vor Ort absichern. Dieses bestehende Netz sollte nun weiter ausgebaut werden. Um darüber hinaus Wettbewerbsvorteile für österreichische und europäische Unternehmen zu schaffen, ist der Abschluss weiterer EU-Handelsabkommen wesentlich. Mit 19 afrikanischen Staaten sind bereits Handelsabkommen in Kraft, die verbesserten Marktzugang sicherstellen.

Österreich feiert 100 Jahre Quantenwissenschaften

Gregor Weihs ist Quantenphysiker und Vizerektor der Universität Innsbruck. Anlässlich des „Quantenjahrs“ spricht er im Interview über Quantenforschung und die Anwendung von Quantentechnologie in der Industrie.



Gregor Weihs ist Vizerektor für Forschung und Professor für Photonik an der Universität Innsbruck. Davor forschte er u. a. an der Stanford University und war Vizepräsident des Wissenschaftsfonds FWF. Er leitet den FWF-geförderten Exzellenzcluster „Quantum Science Austria“.

Herr Vizerektor Weihs, Sie leiten den Exzellenzcluster für Quantenforschung. Woran arbeiten die Forschenden aktuell und welche zukünftigen Entwicklungen erwarten uns?

Generell geht es im Exzellenzcluster um grundlegende Fragen der Quantenwissenschaften; so etwa um die Kompatibilität der Konzepte von Raum, Zeit und Gravitation mit der Quantenphysik. Es ist vielleicht bekannt, dass wir keine Quantentheorie der Gravitation haben. Einsteins Relativitätstheorie und die Quantenphysik haben aber in kosmischen Phänomenen wie schwarzen Löchern

Berührungspunkte, die wir mit dem heutigen Wissen nicht beschreiben können. Eine Masse zieht eine andere an. Was passiert aber, wenn die eine Masse an zwei Orten gleichzeitig ist, wie es die Quantenphysik erlaubt? Ist dann auch das Gravitationsfeld in einer Überlagerung von zwei Richtungen und heißt das, dass die Geometrie des Raums selbst nicht mehr eindeutig ist? Das sind extrem spannende Fragen, und moderne Experimente in unseren Labors könnten darauf Antworten geben, mit denen man vielleicht einmal klären kann, ob es möglich ist, in der Zeit zu reisen. Ebenso fundamentale Fragen zur Zukunft der Quanteninformationsverarbeitung oder zur Quantenphysik von Vielteilchensystemen beschäftigen die österreichische Quanten-Community.

Wie ist aus Ihrer Sicht der aktuelle Status der zukünftigen Anwendungen von Quantentechnologien in der Industrie?

Man kann schon heute von Dutzenden Anbietern – auch österreichischen – Quantencomputer kaufen, die nicht mehr nur Spielerei sind, sondern durch ihre Quanten-Rechenleistung in bestimmten Bereichen ernsthafte Entwicklungen ermöglichen könnten. Wirtschaftlich mag das für einen Betrieb noch uninteressant sein, aber der Tag, an dem in der Materialforschung oder Chemie spezielle Simulationen auf einem Quantencomputer wirklich effizienter laufen als auf einem herkömmlichen Supercomputer, ist wohl nicht mehr weit. Noch weiter ist die Quantenkryptografie, insbesondere

die Erzeugung von abhörsicheren, geheimen Schlüsseln an zwei Orten, mithilfe derer jegliche Information absolut sicher verschlüsselt werden kann. Solche Nachrichten sind auch sicher gegen einen Angriff mit Quantencomputern, die die derzeit im Internet verwendeten Public-Key-Methoden knacken könnten und damit eine ernsthafte Bedrohung für unsere Gesellschaft darstellen. Die erhältlichen Systeme lassen sich bereits relativ problemlos in existierende Kommunikationsinfrastruktur integrieren, die Hürde ist also nicht mehr sehr hoch.

Europa kann eine führende Rolle in der Quantentechnologie einnehmen und technologisch unabhängig sein. Was kann die Industrie heute konkret dafür tun?

Die existierende Industrie kann sich sowohl als Zulieferer von Komponenten und Instrumenten als auch als Abnehmer von Quantentechnologien einbringen. Quantentechnologien brauchen Spitzentechnologien bei Werkstoffen, Elektronik, Nanofabrikation, Photonik, in Präzisionsfertigung und Automatisierung – in allen diesen Bereichen hat Europa große Leitbetriebe und mittelständische Spezialisten, die in ihrer Branche Weltmarktführer sind. Jedes interessierte Unternehmen kann Mitglied im Quantum Industry Consortium des europäischen Quanten-Flaggschiff-Programms werden und dort am Puls der Entwicklung mitwirken.

Wien ist inzwischen ein international bekannter Startup-Standort. Wie profi-

tieren etablierte Unternehmen und Startups voneinander – und welchen Beitrag leistet die „ViennaUP“? Startups bringen disruptive Ideen in etablierte Branchen. Sie ermöglichen es bestehenden Unternehmen, zukunftsweisende Technologien und Produkte schneller in vorhandene Strukturen zu integrieren. Gelingt das Zusammenspiel zwischen renommierten Betrieben und innovativen Startups, ist das ein entscheidender Wettbewerbsvorteil für eine Stadt. Gemeinsam mit der IV-Wien haben wir in den letzten Jahren viel für den Wirtschaftsstandort Wien erreicht; nicht zuletzt durch den Imageturbo „ViennaUP“, das internationale Startup-Festival, das Gründer, Investoren, Talente und Kreative aus aller Welt nach Wien bringt. „ViennaUP“ bietet weit mehr als nur eine Konferenz: Der hohe internationale Anteil von 55 Prozent beweist, dass das Festival den Nerv der internationalen Startups trifft. Alle Events im Rahmen des Events werden von der Community für die Community gestaltet und sind thematisch breit gefächert – dieses Konzept ist einzigartig und hat uns in die Top-Liga der internationalen Startup-Festivals katapultiert: 2025 wurden wir vom anerkannten Index „StartupBlink“ zur Nummer drei der europäischen Startup-Festivals gewählt.



WEBTIPP

www.quantumscience.at

Aktuelles in Kürze

Mit MINT zu den coolsten Jobs der Welt

Kann man einen „Puch Haflinger“ mit einem Elektroantrieb ausstatten? Lässt sich ein Puppenhaus klimatisieren? Muss man löten oder kann man auch kneten? Das waren nur einige der spannenden Fragen, auf die die Gewinnerinnen der diesjährigen MINT-Girls Challenge mit kreativen Ideen und Prototypen aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) antworteten. Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner (BMFWF) und Staatssekretärin Elisabeth Zehetner (BMWET) zeigten sich von den 245 Einreichungen von rund 1.900 Mädchen und Burschen ebenso beeindruckt wie IV-Vize-Gene-

ralsekretärin Claudia Mischensky, die die Mädchen motivierte, eine Karriere im MINT-Bereich einzuschlagen: „Nie gab es größere Chancen durch MINT als heute, denn es gibt kaum mehr einen Beruf, der ohne Technik auskommt. MINT macht den Weg frei für die coolsten Jobs der Welt: spannend, gut bezahlt und mit dem Potenzial, die Welt zu verbessern!“ Neben Sachpreisen wurden die Gewinnerinnen wieder mit MINT-Erlebnissen in Industrie-Leitbetrieben belohnt, um Technik von morgen hautnah erleben zu können.

Weitere Infos:
www.mintgirlschallenge.at

28 MINT-Regionen heben Technikbegeisterung auf eine neue Ebene

Die Zahl der MINT-Regionen in Österreich hat sich auf 28 verdoppelt. Über 850 Akteure aus Bildung, Wissenschaft, Unternehmen, kommunaler Verwaltung und privaten Vereinen koordinieren damit ihre MINT-Aktivitäten in regionalen Netzwerken, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Wissenschafts-skepsis abzubauen. Zu den 14 MINT-Regionen des ersten Calls im Jahr 2023 kommen nach Abschluss des zweiten Calls nun 14 weitere Netzwerke hinzu. Die IV hat diese Leuchtturminitiative mitinitiiert und setzt sie gemeinsam mit dem BMFWF, der „MINTality“-Stiftung, dem OeAD und der AWS um. Über den Fonds Zukunft Österreich werden nun auch Projektfördermittel bereitgestellt. IV-Präsident Georg Knill

zeigte sich erfreut, dass auch über 200 Unternehmen an der Initiative mitwirken: „Mit den MINT-Regionen haben wir einen Gamechanger geschaffen, der die Förderung der MINT-Begeisterung auf eine neue Ebene hebt. Dies ist entscheidend, denn MINT ist unser Trumpf für die Zukunft, den wir alle gemeinsam ausspielen müssen!“ Nun will man sich noch stärker für eine weitere Imageaufwertung der Berufsbildung einsetzen.

Weitere Infos:
www.mint-regionen.at



Die Industrie ist startklar

Die wirtschaftliche Lage Österreichs ist sehr ernst, aber sie ist nicht aussichtslos. Es braucht ein konsequentes Maßnahmenpaket, das Standort, Innovation und Unternehmertum stärkt. Die hausgemachten Probleme müssen rascher gelöst werden. Eine starke Industriestrategie bietet dazu einen belastbaren Rahmen.

Österreichs Wirtschaft steht unter Druck. Während andere EU-Länder moderat wachsen oder sich aus der Konjunkturdelle des Jahres 2023 befreien, rutscht die Alpenrepublik immer tiefer in eine Wachstumsschwäche. Laut aktueller Prognose der EU-Kommission wird Österreich 2025 das einzige EU-Mitglied mit einem BIP-Rückgang sein – und das bereits im dritten Jahr in Folge. Der Präsident der Industrielnvereinigung, Georg Knill, findet klare Worte: „Österreichs Wirtschaft braucht dringend einen Befreiungsschlag.“

Im ersten Quartal hat sich die Stimmung in der Industrie zwar leicht aufgehellt, insgesamt reichen die Signale aber noch nicht aus, um ins Wachstum zu drehen. Ökonomen gehen bereits davon aus, dass die Wirtschaft in den kommenden Quartalen wieder in den negativen Bereich drehen wird. Auch in der Konjunkturumfrage der IV verbesserte sich die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage im ersten Quartal erstmals seit 18 Quartalen, aber zentrale Indikatoren wie die Produktionserwartungen verharren noch in negativem Territorium. Seit Jahresbeginn haben handelspolitische Konflikte weiter zugenommen, und auch für den Zollstreit mit den USA zeichnet sich keine schnelle Lösung ab.

„Wir sind zu einem der teuersten Produktionsstandorte Europas geworden und haben dadurch weltweit Wettbewerbsanteile verloren.“

Georg Knill,
IV-Präsident

Die Probleme in Österreich sind allerdings strukturell und hausgemacht: Hohe Energiepreise, Lohnstückkosten über dem EU-Schnitt und eine weiterhin dichte regulatorische Landschaft setzen dem Standort zu.

„Wir sind zu einem der teuersten Produktionsstandorte Europas geworden und haben dadurch weltweit Wettbewerbsanteile verloren“, warnt Knill. „Es braucht wieder Rahmenbedingungen, die stimmen – und den Mut, an den echten Schrauben zu drehen.“

Wachstum ohne Substanz

Die Budgetrede von Finanzminister Markus Marterbauer lieferte erste Ansätze. Doch strukturelle Antworten auf tiefgreifende Probleme blieben weitgehend aus. Die IV sieht zwar Fortschritte (etwa bei Investitionen in Bildung und Forschung), aber keine echte Strategie gegen die wirtschaftliche Erosion. Kurzfristig werden durch einnahmenseitige Maßnahmen Spielräume geschaffen, die jedoch kaum als nachhaltig zu bezeichnen sind. „Österreich hat mit der zweithöchsten Einnahmenquote Europas kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem“, betont IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Trotz Rekordinnahmen durch Steuern und Abgaben bleibt das strukturelle Defizit bis 2029 auf hohem Niveau. Die Abgabenquote steigt sogar weiter auf über 45 Prozent – während Entlastungen für Unternehmen ausbleiben.

Rasche und kluge Industriestrategie als Hoffnungsträger

Erste Offensivmaßnahmen der Regierung reichen kaum, um dem Standort zu altem Glanz zu verhelfen. Arbeitsmarktpolitische Akzente wie das Ende der Zuverdienstmöglichkeit zum Arbeitslosengeld oder ein steuerfreier Mitarbeiterbonus werden ergänzt durch kleinere Maßnahmen für mittelständische Unternehmen wie die NoVA-Befreiung für Transporter. Hoffnungsträger für die Industrie bleibt die Industriestrategie, die die Regierung bis Jahresende vorlegen will. Aus Sicht der Industrie ist längst klar, welche Themen darin adressiert werden müssen, um Österreich wieder auf einen Wachstumspfad zu bringen: Allein seit 2020 hat die IV insgesamt sechs Industriestrategien formuliert. Als Gedankenstütze für den Strategieprozess veröffentlicht die Organisation diese Strategien seit 2020 in einem eigenen Druckwerk.

Zentral für die kurzfristige Stabilisierung sind Energie- und Standortkosten, ein verlässliches Regulierungsumfeld sowie ein Digitalisierungsschub in Verwaltung und Industrie. Besonders dringlich sei die

„Österreich hat mit der zweithöchsten Einnahmenquote Europas kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.“

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Verlängerung der Strompreiskompensation für energieintensive Betriebe.

Fachkräfte, Kapital, Technologie

Mittelfristig muss der Fokus auf dem Arbeitsmarkt und Investitionsbedingungen liegen; mit Lehrlingshubs, digitalen Weiterbildungsangeboten und steuerlichen Anreizen für Eigenkapital als Fundament für künftige Wettbewerbsfähigkeit. Hochattraktive Abschreibungsmöglichkeiten oder die Investitionsprämie, ein zentrales Instrument der letzten Jahre, müssten laut IV neu aufgestellt und ausgebaut werden.

Für den langfristigen Erfolg braucht es schließlich eine Technologieoffensive, noch mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung mit einer Forschungsquote von vier Prozent des BIP sowie eine Entbürokratisierung des Standorts. Viele dieser Maßnahmen seien kofinanzierbar über EU-Programme – etwa über die RRF (Recovery and Resilience Facility) oder Horizon Europe. „Wir lassen viel Potenzial auf EU-Ebene liegen“, warnt Neumayer. „Dabei könnten gerade diese Hebel Österreich wieder an die Weltspitze bringen.“

Reformen statt Symbolpolitik

Ein zentrales Manko bleibt laut IV die Reformschwäche im System. „Systemreformen vor Steuererfindungen, Standortentlastung vor Symbolpolitik – das muss die Maxime sein“, fordert Neumayer. Dazu zählen eine nachhaltige, faire Pensionsreform, Effizienzsteigerungen in der Verwaltung und die Stärkung des Kapitalmarkts – etwa durch die Wiedereinführung der Behaltfrist oder bessere Rahmenbedingungen für Private Equity.

Die wirtschaftliche Lage Österreichs ist ernst, aber nicht aussichtslos. Es braucht

ein konsequentes Maßnahmenpaket, das Standort, Innovation und Unternehmertum stärkt. Eine starke Industriestrategie bietet dazu einen belastbaren Rahmen.

Der wirtschaftspolitische Kompass ist derzeit zu stark auf kurzfristige Umverteilung ausgerichtet statt auf langfristiges Wachstum. „Wir müssen aufhören, nur Symptome zu behandeln, und anfangen, die Ursachen anzupacken“, so Knill. „Österreich hat die Menschen, die Ideen, die Unternehmen – was fehlt, ist die politische Durchsetzungsfähigkeit.“

„Systemreformen vor Steuererfindungen, Standortentlastung vor Symbolpolitik – das muss die Maxime sein.“

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



GESAMMELTE INDUSTRIESTRATEGIEN 2020 – 2024

Die Zusammenfassung der bisherigen Industriestrategien der IV zeigt, wie wir Österreich als Industriestandort stärken, seine Zukunftsfähigkeit sichern und seine Rolle im internationalen Wettbewerb ausbauen können.



ZEHN HANDLUNGSFELDER FÜR EINE INDUSTRIESTRATEGIE

1

STROMPREIS-KOMPENSATION FÜR ENERGIEINTENSIVE BETRIEBE

Ausweitung der Strompreis-kompensation bis 2030.

Wirkung: Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien.

2

LOHNSTÜCKKOSTEN UND ABGABENQUOTE SENKEN

Die Steuer- und Abgabenquote muss bis 2030 von derzeit 44,5 % auf 40 % gesenkt werden. Die Lohnnebenkosten (LNK) sind um 5 %p höher als in Deutschland. Wir arbeiten zu wenig – das Arbeitsvolumen pro Beschäftigtem ist in den letzten zehn Jahren von 1.548 auf alarmierende 1.448 Stunden gesunken.

Wirkung: Senkung um 1 %p bringt laut Wifo zusätzliches Wirtschaftswachstum von 0,2 % und ein Plus von 11.200 Jobs.

3

EUROPÄISCHE HANDELSPOLITIK AKTIV MITGESTALTEN

Förderung von Freihandelsabkommen, Verhinderung von zentralistischen Mindestlöhnen auf EU-Ebene.

Wirkung: Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit auf europäischer Ebene.

4

DEREGULIERUNG UND BÜROKRATIEABBAU

Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, Reduktion von Meldepflichten, Einführung des Once-only-Prinzips.

Wirkung: Entlastung von Unternehmen, Förderung von Unternehmensgründungen.

5

DIGITALISIERUNGSOFFENSIVE

Ausbau von E-Government, Förderung von KI-Anwendungen, Unterstützung von KMU bei der digitalen Transformation.

Wirkung: Steigerung der Effizienz und Innovationskraft der Wirtschaft.

6

ARBEITSMARKTREFORMEN ZUR FACHKRÄFTESICHERUNG

Einführung von „Arbeitslosengeld neu“, Förderung der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer, gezielte Qualifizierungsprogramme.

Wirkung: Reduktion des Fachkräftemangels, höhere Beschäftigungsquote.

7

FACHKRÄFTEOFFENSIVE UND BILDUNGSAUSBAU

Einführung einer Bildungspflicht bis 18 Jahre, Ausbau der MINT-Bildung, Förderung von Lehre und dualer Ausbildung.

Wirkung: Langfristige Sicherung des Fachkräftebedarfs.

8

INVESTITIONSANREIZE FÜR UNTERNEHMEN

Wiedereinführung des Investitionsfreibetrags, Verlängerung der Investitionsprämie, steuerliche Anreize für digitale und ökologische Investitionen.

Wirkung: Ankurbelung privater Investitionen, Förderung nachhaltiger Technologien.

9

KAPITALMARKT STÄRKEN

Einführung einer Behaltfrist bei Kapitalerträgen, Förderung von Eigenkapitalfinanzierungen, Verbesserung der Rahmenbedingungen für Startups, Stärkung der dritten Säule.

Wirkung: Erhöhung der Eigenkapitalquote von Unternehmen, Förderung von Innovation und Wachstum.

10

TECHNOLOGIEOFFENSIVE UND F&E-FÖRDERUNG

Erhöhung der F&E-Quote auf 4 % des BIP, Förderung von Schlüsseltechnologien, Unterstützung von IPCEIs.

Wirkung: Stärkung der Innovationskraft und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.



Wirtschaftswachstum steigern durch kluge Allianzen

Ende April fand der 6. Hochschulpolitische Dialog zum Thema „Kluge Allianzen zwischen Wissenschaft und Industrie stärken die Wettbewerbsfähigkeit und sichern die Talente der Zukunft“ im Haus der Industrie in Wien statt. Organisiert wurde er von der Industriellenvereinigung und der TU Austria.

Um den österreichischen Wirtschaftsstandort wieder nach vorne zu bringen, müssen wir in den Schlüsseltechnologien der Zukunft wie etwa der künstlichen Intelligenz oder Weltraumtechnologien international wettbewerbsfähig werden. Dazu ist es erforderlich, dass Innovationen aus der Forschung rasch und konsequent in konkurrenzfähige Produkte und Dienstleistungen umgewandelt werden. Dies kann nur gelingen, wenn Wissenschaft und Industrie in klugen Allianzen strategisch zusammenarbeiten. Das Podium betonte die große Bedeutung der Zusammenarbeit in Innovationsökosystemen als zentralen

Erfolgsfaktor. Der Technischen Universität Eindhoven („TU/e“) kommt in diesem Kontext eine wichtige Vorbildfunktion für die österreichischen Universitäten zu.

Gemeinsam die Talente der Zukunft ausbilden

Ein weiterer Baustein des zukünftigen Wohlstands ist die Verfügbarkeit von MINT-Talenten. Derzeit sind Österreichs Unternehmen von einem Fachkräftemangel insbesondere in den MINT-Berufen betroffen. Hier haben die österreichischen Universitäten eine besonders wichtige Rolle: MINT-Kompetenzen und Future Skills müssen in der Hochschul-



V.l.n.r.: Generalsekretär Christoph Neumayer (IV), Bereichsleiterin Bildung Ilkim Erdost (AK), stv. Generalsekretärin Mariana Kühnel (WKO), Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner (BMFWF) und Alexander Prischl, Referatsleiter für Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik (ÖGB).

ausbildung verankert sein. Durch eine praxisnahe Qualifizierung und ein breites Upskilling können die Talente der Zukunft und bestehende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleichermaßen fit für die Herausforderungen von morgen werden. Wertvolle Diskussionsbeiträge wurden gestaltet von Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner (BMFWF), Peter Moser

(Montanuniversität Leoben und TU Austria), Christoph Neumayer (Industriellenvereinigung), Pascal Hetze (Stifterverband Berlin), Robert-Jan Smits (ehem. Eindhoven University of Technology), Mirjam Storim (Siemens), Horst Bischof (Technische Universität Graz), Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß (Fronius) und Barbara Weitgruber (BMFWF).

IV und Sozialpartner skizzieren Schritte zur Zukunft der Fachhochschulen

Ein neues Positionspapier rückt die Bedeutung des FH-Sektors ins rechte Licht: Ziel sind mehr Studienplätze, zukunftsorientierte Studienprogramme und nationale sowie internationale Vernetzung.

Die Fachhochschulen sind heute unverzichtbar für die akademische Berufsausbildung, für die Gestaltung der digitalen Transformation sowie als Partnerinnen der Wirtschaft und Wissenszentren in den Regionen. Anlässlich des 30-Jahr-Jubiläums der Fachhochschulen hat die Industriellenvereinigung gemeinsam mit den Sozialpartnern (AK, WKO und ÖGB) in einem gemeinsamen Positionspapier Vorschläge zur nachhaltigen Stärkung und zukunftsorientierten Weiterentwicklung des Fachhochschul-Sektors skizziert. Kernanliegen sind unter anderem zukunftsorientierte Studienprogramme, die Schaffung von jährlich 1.200 zusätzlichen Studienplätzen im MINT-Bereich, eine zeitgemäße Finanzierung sowie mehr Kooperation und Vernetzung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Diese Anliegen wurden am 28. März im Beisein von Eva-Maria Holzleitner, Bun-



Der 6. Hochschulpolitische Dialog war hochkarätig besetzt.

desministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung, bei einer Veranstaltung an der FH Campus Wien präsentiert. Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung, betonte: „Die Zukunft unserer Industrie ist voller Chancen und attraktiver Karrierewege.

Wir bieten jungen Menschen die Möglichkeit, mit einer Ausbildung im MINT-Bereich etwas zu bewegen, innovativ zu sein und die großen gesellschaftlichen Herausforderungen mitzugestalten. Unsere Fachhochschulen sind zweifelsohne eine Erfolgsstory – mit einer hohen Er-

DAS
POSITIONS-
PAPIER FINDEN
SIE HIER:



folgsquote und enger Praxisnähe.“ Dazu trage ein modernes Studienangebot bei, das auch die heute drängenden Themen wie KI und Digitalisierung aufgreift. „Fachhochschulen müssen mehr und mehr zu Transfer- und Wissenszentren werden, die regionale, nationale und internationale Vernetzung fördern und Kooperationen mit der Wissenschaft und Industrie forcieren. So können wir unsere Innovationskraft in Österreich stärken und die Zukunft unserer Industrie sichern – und das mit engagierten und exzellent ausgebildeten MINT-Talenten“, ergänzte Neumayer.

EINSTIEGSMÖGLICHKEIT IN UNTERNEHMEN FÜR UKRAINISCHE FACHKRÄFTE

Der Professional Integration HUB bietet einen individuellen Matching-Prozess zwischen österreichischen Unternehmen und Fachkräften aus der Ukraine. Die Ausschreibung ist derzeit geöffnet.

Der Professional Integration HUB vermittelt mittel bis hoch qualifizierte Personen, die im Zuge des Angriffskriegs aus der Ukraine nach Österreich vertrieben wurden, an österreichische Unternehmen, damit diese dort mindestens

drei Monate Arbeitspraxis absolvieren können. Die teilnehmenden ukrainischen Fachkräfte weisen mindestens drei Jahre Berufserfahrung auf – oft auch in technischen Berufsfeldern. Sie sprechen fließend Englisch und haben Deutschkenntnisse auf B1- oder B2-Niveau. Das

von der ERSTE Stiftung finanzierte Programm übernimmt dabei den individuellen Matching-Prozess zwischen Unternehmen und Fachkräften, denen sie auch ein Begleitprogramm anbietet. Für die derzeit laufende Ausschreibungsrunde stehen finanzielle Mittel für 14

Vollzeitpraktika ab September 2025 zur Verfügung, weitere unternehmensfinanzierte Praktikumsplätze sind herzlich willkommen. Interessierte Unternehmen können sich ab sofort hier melden: www.professionalhub.at

Neuer Vorstand der Jungen Industrie Oberösterreich stellt sich vor – Staffelübergabe beim Sommerfest am 6. Juni 2025

Die Junge Industrie Oberösterreich startet mit einem neu gewählten Vorstand in die Zukunft.

Ein engagiertes Team junger Unternehmerinnen und Unternehmer wurde gewählt, das künftig die Interessen aufstrebender Führungskräfte und Unternehmer in Oberösterreich vertreten und neue Impulse setzen wird.



Maximilian Priglinger (links) und Lennart Braun (rechts) gemeinsam in Japan.

Wir freuen uns, den **neuen Vorstand der Jungen Industrie Oberösterreich bekannt zu geben:**

Vorsitzender: Lennart Braun (Braun Maschinenfabrik Gesellschaft m. b. H.)

Stellvertreter: Maximilian Priglinger (Biohort GmbH)

Mitglieder: Michael Asamer (Asamer Kies- und Betonwerke GmbH), Nikolaus Bauer-Harnoncourt (AGATEX Feinchemie GmbH), Valerie-Sophie Hojas (Ebner Strom GmbH), Maximilian Pöttinger (Pöttinger Entsorgungstechnik GmbH), Christina Rami-Mark (Mark Metallwarenfabrik GmbH), Stefan Wagner (JOSKO Fenster und Türen GmbH)

Besonders erfreulich: **Der neue Vorstand ist bereits aktiv im Einsatz** – aktuell befindet sich eine Delegation der Jungen Industrie auf der **Expo in Japan**, um internationale Kontakte zu knüpfen, neue Impulse zu sammeln und den Wirtschaftsstandort Oberösterreich sichtbar zu machen. Diese Reise steht symbolisch für das Selbstverständnis des neuen Teams: offen, vernetzt und zukunftsorientiert.

An dieser Stelle möchten wir uns ganz besonders bei Maximilian Priglinger (Biohort GmbH und Ascendor

GmbH) für sein Engagement und seinen außerordentlichen Einsatz in den letzten sechs Jahren, in denen er Vorstandsvorsitzender war, bedanken. Er bleibt uns als stellvertretender Vorsitzender weiterhin erhalten.

Auch den scheidenden Vorstandsmitgliedern – Laura Wiesner (Wiesner-Hager Möbel GmbH), Elisa Schatzdorfer (Schatzdorfer Gerätebau Gesellschaft m. b. H. & Co. KG) und Hubert Stöhr (Brauerei Schloss Eggenberg Stöhr GmbH & Co KG) möchten wir herzlich danken. Ihr Beitrag bleibt unvergessen – **ein aufrichtiger Dank für euren Einsatz und euer Wirken!**

Die feierliche Staffelübergabe findet im Rahmen unseres Sommerfests am **6. Juni 2025** statt. Es ist der passende Moment, um gemeinsam zurückzublicken, Danke zu sagen – und den neuen Vorstand gebührend willkommen zu heißen.

Mit dem neuen Vorstand und dem bewährten Netzwerk junger Entscheidungsträger sehen wir einer dynamischen Zukunft entgegen – geprägt von Innovationskraft, Verantwortung und gemeinschaftlichem Gestaltungswillen.

AVISO: JI-BUNDESTAGUNG IN KÄRNTEN

Die Landesgruppe Kärnten und JI-Bund laden zur heurigen Bundestagung nach Kärnten ein.

Von 2. bis 4. Oktober erwarten dich spannende Keynotes und Diskussionen, exklusive Blicke hinter die Kulissen der vielfältigen Kärntner Industrie, natürlich bezaubernde Alpe-Adria-Momente und abwechslungsreiche Kulinarik sowie Netzwerken mit JI-Mitgliedern aus ganz Österreich und dem Präsidium der Kärntner IV in der Hightech- und Industrieregion im Süden Österreichs. Sei unbedingt dabei!

KONTAKT

Anmeldungen bis spätestens 15. Juni sowie weitere Auskünfte unter: kaernten@jungeindustrie.at.



Pensionsreförmchen

Hochfliegende Rhetorik, tief hängende Latten.

Die neue „Pensionsreform“, die ÖVP, SPÖ und NEOS als „größte Reform seit 20 Jahren“ feiern, ist bei näherer Betrachtung wohl nicht mehr als eine Sammlung von Einzelmaßnahmen. Die drängenden Probleme des österreichischen Pensionssystems werden damit definitiv nicht gelöst. Wieder einmal wählen wir in österreichischer Manier den Weg des geringsten Widerstands: nur oberflächliche Maßnahmen, wenig ambitionierte Ziele, keine langfristige Vision.

Die geplanten Änderungen – wie die schrittweise Anhebung des Antrittsalters der Korridor pension und die Einführung der Teilpension – sind keine nachhaltigen Lösungen für das zentrale Problem: Unser Pensionssystem ist nicht mehr generationengerecht finanzierbar. Was wir dringend brauchen, sind langfristige systemische Reformen.

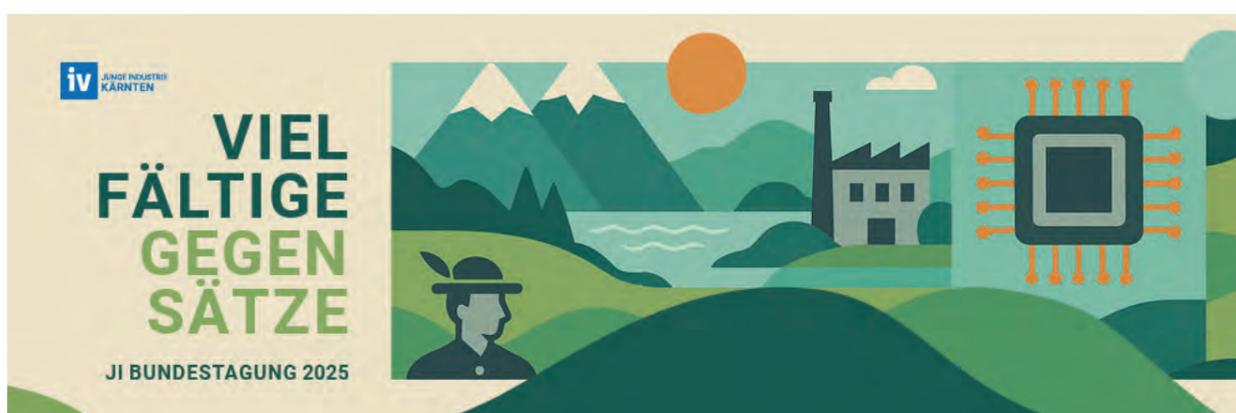
Gerade in Anbetracht unserer Staatsfinanzen müssen wir daher endlich über eine massive Stärkung der zweiten und dritten Säule sprechen. Andere OECD-Länder, die ihr staatliches System durch kapitalgedeckte Elemente ergänzen, haben ihre Pensionen nachweislich dadurch gesichert.

Neben der sofortigen Aussetzung des Pensionserhöhungsautomatismus müssen wir nichtsdestotrotz unser gesetzliches Antrittsalter erhöhen. Nur so erhöhen wir nämlich effektiv auch gleichzeitig unser faktisches Antrittsalter.

Allen Studien und Statistiken zum Trotz besitzen Politiker nicht den Mut, ehrlich mit den Problemen des größten staatlichen Budgetpostens umzugehen – und das, obwohl aktuelle Pensionistinnen und Pensionisten ohnehin nicht betroffen wären.

Aus der proklamierten Reform ist leider nur ein Reförmchen geworden. Wo bleibt endlich eine ambitionierte Vision, die über symbolische Veränderungen hinausgeht?

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie



Burgenlands Industriekonjunktur kommt nicht in Schwung

Die Gefühle sind gemischt – die Industriekonjunktur im Burgenland kommt nicht richtig in Fahrt. Auch wenn sich einige Einschätzungen leicht verbessert haben: Sie steigen von recht tiefem Niveau, und das auch nur sehr sachte. Erholt haben sich jedenfalls die Auslandsaufträge und die Einschätzung des Verkaufspreises in drei Monaten. Die Stimmung bei der derzeitigen Geschäftslage ist hingegen wieder abgeflaut.

So richtig will die wirtschaftliche Situation nicht in Schwung kommen. Das zeigt sich auch bei der Konjunkturumfrage für das erste Quartal 2025 der Industriellenvereinigung (IV) Burgenland und der Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Burgenland.

Die Stimmung bei der Einschätzung der derzeitigen Geschäftslage ist abgekühlt: Wurde sie im Vorquartal von 50 Prozent der Teilnehmer positiv eingeschätzt, sehen sie jetzt genauso viele nur mehr durchschnittlich. Dahingegen zogen die derzeitigen Auslandsaufträge wieder etwas an: Die Einschätzung erreicht knapp den Wert von März 2024, befindet sich

aber nach wie vor auf tiefem Niveau. Verglichen mit dem Vorquartal hat sich der Prozentsatz derer, die die derzeitigen Auslandsaufträge als schlecht einstufen, mehr als halbiert (13 Prozent). Die geopolitischen Unsicherheiten dämpfen jedoch einen nachhaltigen Aufschwung.

Silberstreif am Horizont: Einschätzungen der Verkaufspreise zuversichtlicher

War man im Vorquartal eher skeptisch, was die Zukunft wirtschaftlich bringen könnte, gestalten sich die Einschätzungen für die nächsten Monate allerdings etwas zuversichtlicher: Die Einschätzung der Verkaufspreise in drei Monaten hat sich

seit den niedrigsten Werten seit Beginn der Befragung zum Vorquartal merklich erholt – weniger als die Hälfte der befragten Unternehmen, die diese damals schlecht eingeschätzt haben (51 Prozent), sind bei ihrem negativen Ausblick geblieben (22 Prozent). Hingegen rechnen mehr Unternehmen mit steigenden Verkaufspreisen. Von sehr niedrigem Niveau leicht angestiegen sind auch die Einschätzung der Geschäftslage in sechs Monaten und die Einschätzung der Ertragssituation in sechs Monaten. Diese befinden sich aber nach wie vor auf tiefem Niveau. Wenig optimistisch gestaltet sich die Einschätzung des Beschäftigtenstands in sechs Monaten: Diese befindet sich derzeit

auf dem niedrigsten Wert seit Dezember 2023. 13 Prozent der befragten Unternehmen gehen von einer steigenden Mitarbeiteranzahl aus, 55 Prozent von einer gleichbleibenden; 32 Prozent erwarten einen eher sinkenden Beschäftigtenstand.

„Brauchen mutige, vorausschauende Industriepolitik“

„Wir befinden uns in einer hartnäckigen Industrierezession“, fasst IV-Burgenland-Geschäftsführerin Aniko Benkö die Situation zusammen. „Tatsächlich steht uns heuer ein weiteres Jahr des wirtschaftlichen Rückgangs bevor.“ Zahlen von Wifo und IHS weisen auf ein BIP-Minus von 0,2 bis 0,3 Prozent in Österreich hin. Es ist die längste Rezession seit 1945 und insgesamt der stärkste Rückgang in der EU und der OECD. Dementsprechend kommt auch die burgenländische Industriekonjunktur nicht richtig in Schwung. „Die Industrie lebt vom Export und steht vor großen Herausforderungen. Die Unternehmen kämpfen mit hohen Energie-, Bürokratie- und Personalkosten. Unsicherheiten auf dem Weltmarkt erschweren die Situation zusätzlich“, gibt Benkö mit Blick auf den Handelskonflikt mit den USA und die schwache internationale Konjunktur zu bedenken.

„Wirtschaftswachstum kommt nicht von alleine. Wir brauchen daher dringend eine mutige, vorausschauende Industriepolitik, um eine Trendumkehr zu schaffen. Die Industrie trägt knapp 30 Prozent zur Bruttowertschöpfung im Burgenland bei und ist Basis unseres Wohlstands. Konzentrieren wir uns daher auf die Stärken unseres Standorts und entwickeln wir diese weiter“, appelliert Aniko Benkö.

DIE KONJUNKTURUMFRAGE DES ERSTEN QUARTALS 2025 IM DETAIL

Eher resigniert fällt die Beurteilung der derzeitigen Geschäftslage aus – die Zahl derer, die sie im Vorquartal positiv eingeschätzt haben, entspricht der Zahl jener, die sie nun als durchschnittlich erachten: 36 Prozent (50) der Industriebetriebe bewerten die aktuelle Geschäftslage als gut, 50 Prozent (36) sehen sie als durchschnittlich, 14 Prozent (14) bewerten sie negativ.

Wenig Veränderung gibt es bei der Bewertung des derzeitigen Auftragsbestands: 35 Prozent (43) der befragten Unternehmen sprechen von gutem Auftragsbestand, als durchschnittlich wird dieser von 52 Prozent (34) gesehen; 13 Prozent (23) der befragten Betriebe bewerten den derzeitigen Auftragsbestand als schlecht.

Die Beurteilung der derzeitigen Auslandsaufträge ist weiter angestiegen: Verglichen mit dem Vorquartal hat sich der Prozentsatz derer, die sie als schlecht einstufen, mehr als halbiert. 26 Prozent (27) beurteilen sie als gut, 57 Prozent (44) der teilnehmenden Betriebe bewerten sie als durchschnittlich und 13 Prozent (29) geben an, dass es derzeit um die Auslandsaufträge schlecht steht.

Vom niedrigsten Wert seit Beginn der Befragung hat sich die Einschätzung der Verkaufspreise in drei Monaten seit dem Vorquartal erholt: 12 Prozent (8) rechnen mit steigenden Verkaufspreisen, 66 Prozent (41) erwarten stabile Preise und 22 Prozent (51) der befragten Betriebe erwarten fallende Verkaufspreise.

Eher pessimistisch sieht nach wie vor die Einschätzung des Beschäftigtenstands in drei Monaten aus: 13 Prozent (2) gehen von einer steigenden Mitarbeiteranzahl aus, 55 Prozent (78) von einer gleichbleibenden; 32 Prozent (20) erwarten einen eher sinkenden Beschäftigtenstand.

Etwas besser gestaltet sich die Beurteilung der Geschäftslage in sechs Monaten: Die Einschätzung ist nach ihrem Einbruch wieder auf das Niveau von März 2023 gestiegen. 20 Prozent (6) sehen eine gute Geschäftslage, 56 Prozent (67) sind der Meinung, dass sie durchschnittlich bleibt. 24 Prozent (27) erwarten eine schlechte Geschäftslage in sechs Monaten. Die Klammerwerte sind jeweils die Vergleichswerte des vierten Quartals 2024.

GRÜNE ZUKUNFT: EFFIZIENTER RESSOURCENEINSATZ DURCH DIGITALE TECHNOLOGIEN

Beim Arbeitskreis Digitalisierung und Ressourcen standen neue Technologien, digitale Prozesse und eine effiziente Ressourcennutzung auf der Agenda.

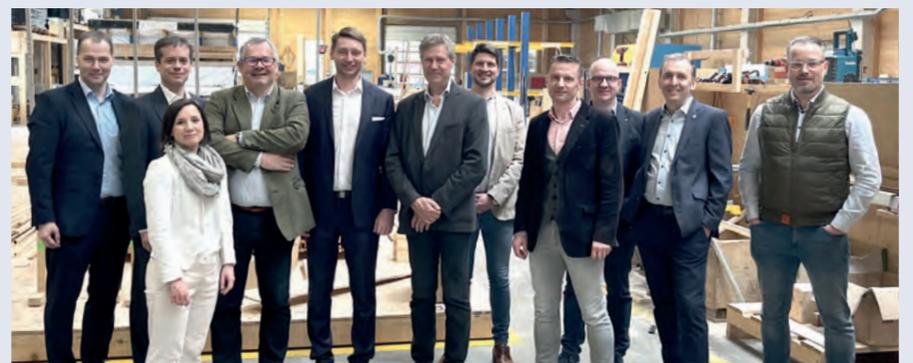
Digitale Prozesse sind kein „Nice to have“, sondern wichtige Standortfaktoren. Dass sie auch für grüne Entwicklungen heute unerlässlich sind, ist eine logische Konsequenz, lassen sich Wertschöpfungsketten so doch effizienter und ressourcenschonender gestalten. Aus diesem Grund beschäftigte sich auch der Arbeitskreis Digitalisierung und Ressourcen mit diesem Thema. Den Anfang machte eine Betriebsführung beim Gastgeber O.K. Energie Haus GmbH in Großpetersdorf – Geschäftsführer Michael Oberfeichtner erklärte, wie mittels digitaler Programme die Baustelle bis ins kleinste Detail vorgeplant wird und bauliche und logistische Nachjustierungen damit obsolet gemacht werden. Auch künstliche Intelligenz kommt zum Einsatz; etwa wenn der Materialverschnitt optimiert wird und damit Ressourcen gespart werden.

Im Anschluss an die Betriebsführung vertiefte Roland Sommer, Geschäftsführer der

Plattform Industrie 4.0, die Beispiele aus der Praxis mit einem umfassenden Überblick über Trends in Industrie 4.0 bzw. Arbeit 5.0, Mensch-Maschine-Interaktionen und neue Technologien und Arbeitsweisen. Im Fokus standen Use Cases, die u. a. Wertschöpfungsketten resilienter, Arbeitsweisen effizienter und Arbeitsplätze für Menschen attraktiver machen sollen. Während Industrie 4.0 die Optimierung der Produktion durch verschiedene Technologien meint, beschäftigt sich Industrie 5.0 bzw. Arbeit 5.0 mit Menschenzentriertheit, Nachhaltigkeit und Resilienz. Nach einer kurzen Pause gab es hierzu auch Online-Inputs von Stefan Bauer, Gründer und Geschäftsführer der Sustainista GmbH, und Christoph Klikovits, Senior Researcher der Forschung Burgenland GmbH. Die beiden Experten informierten über den Digitalen Produktpass (DPP), der basierend auf der Ökodesign-Verordnung der EU ab 2027 für definierte Produkt-

gruppen verpflichtend wird. Der DPP fungiert als eine Art Produkt-ID, die Informationen zu Rohstoffen, Lieferketten, CO₂-Fußabdruck, Ressourcenverbrauch, Wartungshistorie usw. enthält. Unternehmen müssen hierfür Daten erfassen, aktualisieren und bereitstellen, um gesetzliche Anforderungen zu erfüllen. In Zusammen-

hang damit stellten Bauer und Klikovits auch das Leitprojekt PACE DPP vor, das sich mit der Implementierung des DPP beschäftigt. Nach den informativen Inputs endete der Arbeitskreis in interessierten Tischgesprächen zu den Themen Kreislaufwirtschaft, Wiederverwertung und Einsatz digitaler Technologien.



Arbeitskreis Digitalisierung und Ressourcen: Die Teilnehmer lernten bei einem Unternehmensrundgang die O.K. Energie Haus GmbH näher kennen.

Europa in der Zeitenwende

Finanzdaten zum Frühstück gab es beim „Financial Breakfast“ der UniCredit Bank Austria bei der BECOM Electronics GmbH in Hochstraß.

Im Rahmen des „Financial Breakfast“ lieferte Stefan Bruckbauer, Chefökonom der UniCredit Bank Austria AG, unter dem Titel „Europa in der Zeitenwende“ Aussichten für Konjunktur, Inflation und Zinsen.

Für viel Auf und Ab auf den globalen Märkten sorgte jüngst der US-amerikanische Präsident Donald Trump mit seiner Zollpolitik. „In der aktuellen Situation fügen sich die USA selbst großen wirtschaftlichen Schaden zu. Für Österreich ist Deutschland mit Abstand der wichtigste Handelspartner. Ein deutscher Wirtschaftsaufschwung würde uns mehr nützen, als uns die USA schaden können“, so Bruckbauer. Derzeit ist die Konjunktur zwar noch nicht richtig in Fahrt, aber einige Vorzeichen deuten in die richtige Richtung: Seit Jahresbeginn ist die Industrieproduktion in Österreich wieder im Aufwärtstrend, woran unter anderem die wirtschaftliche Lage der Pharmaindustrie beteiligt ist.

Gestiegen sind auch die Realeinkommen, ebenso wie die Sparquote. Geopolitische Unsicherheiten sowie das Bewusstsein, dass der Staat Sparmaßnahmen umsetzen muss, veranlassen die Menschen in Österreich dazu, Geld nicht auszugeben, sondern auf die Seite zu legen. Insgesamt sei aber trotz der US-Zölle die weltweite Wirtschaftsstimmung nicht gekippt, so Bruckbauer.

Herausforderungen in der heimischen Industrie

Allerdings steht Österreich vor eigenen Herausforderungen: „Der Energie- und Kostenschock hat Österreich sehr stark getroffen, stärker als Deutschland. Auch die preistreibenden Coronahilfen spielten eine Rolle. In dieser Stresssituation

hätte man die Energiepreise deckeln müssen“, sagt Stefan Bruckbauer. Dennoch soll die Rezession bis Ende des Jahres vorbei sein.

Auch an der Haltung muss sich etwas verändern, erläuterte der Ökonom beim „Financial Breakfast“: „Die Industrie braucht Wertschätzung und Bekenntnisse aus der Politik. Wenn die Industrie nicht Signale bekommt, dass sie am Standort erwünscht ist, tut sie sich leichter, anderswo zu investieren.“

Auch müsse man es schaffen, dass die Menschen in Österreich länger arbeiten wollen. Das allerdings müsse sich steuerlich auszahlen – „und das tut es derzeit nicht“, so Bruckbauer. Ebenso müsse die Verwaltung vereinfacht werden, auch mithilfe von künstlicher Intelligenz: „Wenn die Verwaltung billiger wird, hilft das der Produktion.“ Hoffnungsvoller Abschlussatz: „Wir können auch trotz US-Zöllen wachsen.“

BECOM hinter den Kulissen

Direkte Einblicke in die Produktion lieferten im Anschluss Roman und Johannes Bock, Mitglieder der Geschäftsführung bei der BECOM Electronics GmbH. Das Unternehmen mit rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Hochstraß und rund 500 in der ganzen Unternehmensgruppe hat sich auf die Entwicklung und Fertigung elektronischer Lösungen spezialisiert. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf den Bereichen Automotive sowie Medizin- und Industrietechnik. Allein am Standort Hochstraß werden täglich circa zwei Millionen Bauteile bestückt. Auch Forschung und Entwicklung werden hier stark vorangetrieben: BECOM kann stolz auf eine Forschungsquote von fünf Prozent blicken.



ES HÄNGT VIEL AM INDUSTRIELLEN RÜCKGRAT DES BURGENLANDS

Die Industrie im Burgenland steht derzeit vor großen Herausforderungen, die nicht nur kurzfristige Reaktionen, sondern langfristig durchdachte Strategien erfordern. Die Industrie erlebt eine „Gletscherschmelze“ – langsam, aber stetig verliert der Standort an Wettbewerbsfähigkeit. Die Rahmenbedingungen sind zunehmend schwierig: Explodierende Energiepreise, hohe bürokratische Hürden und steigende Personalkosten setzen Unternehmen zu. Die Unsicherheit internationaler Entwicklungen – etwa die von Donald Trump losgetretenen Handelskonflikte – verstärken die schwierige Situation zusätzlich.

Was das Burgenland jetzt braucht, ist eine vorausschauende Industriepolitik. Dazu gehört der konsequente Abbau von Bürokratie ebenso wie der Ausbau nachhaltiger Energieinfrastruktur. Verfahren müssen beschleunigt, Planungssicherheit muss geschaffen, steuerliche Belastungen müssen gesenkt werden. Privilegierte Gehälter im öffentlichen Dienst verzerren dabei den Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte.

Dabei muss das Burgenland seine Stärken nutzen: Die gut ausgebildeten Fachkräfte in der Region müssen durch gezielte Maßnahmen unterstützt werden – etwa durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Investitionen in MINT-Ausbildungen und die Förderung innovativer Schlüsseltechnologien.

Ein gut funktionierender Industriestandort ist kein Selbstläufer. Die Politik auf Landes-, Bundes- und auf EU-Ebene ist gefordert, wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen – denn wie die Zahlen zeigen, hängt viel am industriellen Rückgrat des Burgenlands: Jeder Industriearbeitsplatz in einem von Burgenlands Leitbetrieben sichert fast zwei weitere in ganz Österreich. Die Industrie trägt rund 28 Prozent zur regionalen Bruttowertschöpfung bei – das ist entscheidend für den Wohlstand in der Region.

Jetzt ist die Zeit zum Handeln – bevor wir weiter Boden unter den Füßen verlieren. Nur so kann das Burgenland langfristig ein starker und zukunftsfähiger Industriestandort bleiben.

Ihr

Christian Strasser,
Präsident der IV-Burgenland



Die Teilnehmer erfuhr in einer exklusiven Führung Wissenswertes über die BECOM Electronics GmbH.

RECHTLICHER RAHMEN FÜR ÜBERSTUNDEN: WAS ARBEITGEBER BEACHTEN MÜSSEN

Arbeitszeitüberschreitungen sind ein sensibles Thema, das sowohl Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch Unternehmen betrifft.

Überstunden können notwendig sein, um dringende Arbeiten zu erledigen oder außergewöhnliche Umstände zu bewältigen. Doch welche rechtlichen Vorgaben müssen dabei beachtet werden?

Es kann jederzeit passieren, dass unvorhergesehene Ereignisse es notwendig machen, dass die normale Arbeitszeit überschritten wird. Ein solches Ereignis könnte etwa ein Gebrechen der Produktionsanlage sein, dessen Behebung nicht aufgeschoben werden darf. Die Gesetzgebung zum Thema Arbeitszeitüberschreitung regelt detailliert, unter welchen Bedingungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ihre reguläre Arbeitszeit hinaus tätig werden dürfen.

So dürfen in außergewöhnlichen Fällen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer außerhalb ihrer normalen Arbeitszeit (über die normale Dauer hinaus oder während der Wochenend- und Feiertagsruhe) beschäftigt werden, sofern es sich um vorübergehende und unaufschiebbare Arbeiten handelt.

Dies ist in folgenden Situationen möglich:

- Die Arbeiten müssen zur Abwendung einer Gefahr für Leben oder Gesundheit oder bei Notstand sofort vorgenommen werden

- oder sind zur Behebung einer Betriebsstörung oder zur Verhütung des Verderbens von Gütern oder eines sonstigen unverhältnismäßigen wirtschaftlichen Schadens erforderlich, wenn unvorhergesehene Gründe vorliegen und andere zumutbare Maßnahmen nicht möglich sind.

Werden Arbeiten in solchen Fällen vorgenommen, so muss der Arbeitgeber bzw. die Arbeitgeberin diese innerhalb von zehn Tagen nach Beginn der Arbeiten dem zuständigen Arbeitsinspektorat schriftlich anzeigen. Ein Meldeformular gibt es hierfür auf der Webseite des Arbeitsinspektorats (arbeitsinspektorat.gv.at). Die Anzeige muss die Gründe für die Arbeiten sowie die Anzahl der dazu herangezogenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer enthalten.



WEBTIPP:

VOSSEN blickt auf 100-jähriges Bestehen zurück

VOSSEN feiert in diesem Jahr sein 100-jähriges Bestehen und veranstaltete hierzu eine große Gala am Produktionsstandort Jennersdorf.

Der Frottierwarenhersteller VOSSEN mit Sitz in Jennersdorf feiert 2025 sein 100-jähriges Gründungsjubiläum: Am 6. Mai 1925 gründete Burghardt Vossen im deutschen Gütersloh das Unternehmen mit der Vision, die damals noch luxuriösen Handtücher zu einem leistbaren Produkt für alle Menschen zu machen. Ein wichtiger Meilenstein in der VOSSEN-Erfolgsgeschichte war die Erfindung des Haus- und Bademantels aus Frottierstoff, die Burghardt Vossen

1951 zum Patent anmeldete. Das Unternehmen wuchs rasant, weitere Standorte in Deutschland sowie international, u. a. 1961 in Jennersdorf (und sogar auf Mauritius), wurden gegründet. Die Produktionsstätte in Jennersdorf ist heute auch der Unternehmenssitz von VOSSEN.

100 Jahre feierlich Revue passieren lassen

Dort wurde das große Jubiläum auch mit rund 280 Gästen aus Wirtschaft, Sport, Mode und Kultur mit einer glanzvollen

Gala gefeiert. Die Location wurde vom renommierten Stardesigner Andreas Stern in einen überdimensionalen Kokon aus weichen, fließenden Stoffen verwandelt. Tischtücher, Mundservietten, der rote Teppich – alle textilen Highlights stammten aus der hauseigenen VOSSEN-Weberei und wurden exklusiv für dieses Event gefertigt. Durch den Abend führte Moderatorin Silvia Schneider, die die Bedeutung des Unternehmens als Innovationstreiber in der Textilbranche betonte und die Menschen hinter dem

Erfolg würdigte. Den Abschluss bildete ein eindrucksvoller Show-Act, begleitet von Star-Geigerin Celine Roschek. Bei dieser Zeitreise wurden ausgewählte Modelle aus den verschiedenen Zeitepochen der letzten 100 Jahre in Szene gesetzt. Der Höhepunkt der Modenschau war ein eigens designtes Brautkleid komplett aus edlem Frottierstoff. Die Gala „100 Jahre Vossen“ war nicht nur ein Rückblick auf eine bewegte Unternehmensgeschichte, sondern auch ein Ausblick auf eine vielversprechende Zukunft.



Die VOSSEN-Geschäftsführer Michael Unger und Marco Talasz bei der Festansprache.



IV-Burgenland-Geschäftsführerin Aniko Benkö, Jochen Joachims, Geschäftsführer BRAUN Lockenhaus GmbH und IV-Burgenland-Vorstandsmitglied, Christoph Blum, Geschäftsführer Trafomodern Transformatorentechnik GmbH und IV-Burgenland-Vorstandsmitglied, sowie Christian Strasser, IV-Burgenland-Präsident und Geschäftsführer PET to PET Recycling Österreich GmbH, waren bei der Jubiläumsfeier zu Gast.

SANOCHEMIA: MRT-KONTRASTMITTEL AUF EISENBASIS ERREICHT PRIMÄRE ENDPUNKTE IN KLINISCHER PHASE-III-STUDIE

Sanochemia Pharmazeutika gab positive Ergebnisse aus der für die Zulassung relevanten Phase-III-Studie „PROSTAPROGRESS“ bekannt. Die Studie wurde von SPL Medical B.V. (Nijmegen, Niederlande) durchgeführt und untersuchte das eisenbasierte MRT-Kontrastmittel Ferumoxtran. Dabei wurden die Hauptziele hinsichtlich Sensitivität und Spezifität bestätigt.

Ferumoxtran ist ein in Entwicklung befindliches Kontrastmittel, das nach erfolgter Zulassung zur Erkennung von sehr kleinen, bis zu 2 mm Durchmesser umfassenden Lymphknotenmetastasen in der Magnetresonanz-Bildgebung eingesetzt werden soll. Sanochemia hat sich gemeinsam mit seiner Gesellschafterin, der „b.e.imaging“ (Deutschland, Schweiz, Frankreich) die weltweiten Exklusivrechte für die Vermarktung gesichert.

Die multizentrische prospektive „PROSTAPROGRESS“-Studie untersuchte den Einsatz des Kontrastmittels zur Erkennung lymphatischer Metastasen bei Prostatakrebs. Darüber hinaus wurden Angiografie-Daten (medizinische Bildgebung, bei der Röntgenaufnahmen und ein Kontrastmittel verwendet werden, um Bilder von Blutgefäßen zu erstellen) ausgewertet.

Lymphknotenmetastasen in frühem Stadium erkennen

An der Studie nahmen Prostatakrebspatienten mit einem mittleren bis hohen Risiko für Lymphknotenmetastasen und

ohne vorherige Behandlung teil. Die Studie bestätigte die primären Endpunkte (also die Hauptziele) Sensitivität und Spezifität. Parallel dazu zeigten die Angiografie-Studiendaten eine überwiegend ausgezeichnete oder gute Lesbarkeit.

„Die Studienergebnisse von SPL sind für uns ein wesentlicher Schritt, um Lymphknotenmetastasen in einem früheren Stadium als bisher erkennen und behandeln zu können“, so Sanochemia-Geschäftsführer Thomas Erking. „Ziel ist es nun, Ferumoxtran nach Erteilung der Zulassung so schnell wie möglich auf die internationalen Märkte zu bringen.“

„Das Erreichen der primären Endpunkte in der ‚PROSTAPROGRESS‘-Studie eröffnet große Chancen für die weitere klinische Entwicklung von Ferumoxtran, einer Substanz, die das Potenzial hat, die Erkennung von Lymphknotenmetastasen mittels MRT ohne Gadolinium signifikant zu verbessern“, ergänzt Dr. med. Patrik Zamecnik, medizinischer Berater von SPL und Sanochemia.



Offizielle Unterzeichnung des Lizenzvertrags zu Ferumoxtran mit Thomas Erking (Sanochemia, l.) und Jürgen Feuerstein (SPL).